

Gemeinsamer Antrag zur Optimierung der Arbeit im Rat der Gemeinde
und in dessen Ausschüssen

Ergänzende Erläuterungen zum Antrag

Gestatten Sie mir einige wenige ergänzende Anmerkungen zur gemeinsamen Zielsetzung des Antrages. **Es geht hierbei vor allem um zwei bedeutende Leitlinien des Antrages, die von uns als Rat Entscheidungen** forderten.

Die **erste Leitlinie** lautet: **Wir sehen deutliches Potenzial einer Effizienzsteigerung in der Arbeit im Rat und seinen Ausschüssen!**

Daher haben wir **basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre:**

- Den **Verkehrs- und den Gemeindeentwicklungsausschuss** in den bisherigen Formen aufgelöst,
- Den **Haupt- und Finanzausschuss** sowie den bisherigen **Bauausschuss** deutlich gestärkt und deren Zuständigkeiten erheblich erweitert.

Damit wollen wir unnötige Dopplungen und Sachstandsvorträge in sachgleicher Angelegenheit künftig auf ein Mindestmaß reduzieren.

Sowohl der HFA als auch der neue Bauausschuss wird zudem zukünftig häufiger tagen. Als erster Schritt sind hier jeweils drei Sitzungen pro Jahr vorgesehen.

Nun zum **zweiten Leitgedanken**, der da lautet: **Das politische Ehrenamt in der Gemeinde Rommerskirchen soll nachhaltig gestärkt werden!**

Die **politische Arbeit** in den Fraktionen und den Parteigliederungen auf Ortsebene ist **inhaltlich anspruchsvoll und zeitlich durchaus fordernd**. Um hier personell zukunftsfähig zu sein, braucht es zwingend

eine gewisse **Attraktivitätsoffensive** für die ehrenamtliche politische Arbeit.

Demokratie vor Ort und dies mit einem 32-köpfigen Rat und weiteren Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern gibt es nicht zum Null-Tarif. Die hier geleistete Arbeit hat nicht nur ihren Wert, sondern auch ihren Preis, welcher jedoch auch nach den beabsichtigten Veränderungen durchaus in einem überschaubaren Rahmen bleibt.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass in den letzten Jahren die Kosten für die Sach- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch für Wahlkämpfe erheblich gestiegen sind. Diese werden hauptsächlich durch die hier agierenden Ehrenamtler selbst getragen. **Haupt-Quelle ist hier eine entsprechend hohe freiwillige Abtretung aus den persönlichen Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder.**

Mit den **derzeit hier vorhandenen Mitteln jedoch** werden wir das politische Ehrenamt in unserer Gemeinde hinsichtlich Qualität und Quantität nicht zukunftsicher gewährleisten können. Hier braucht es also neue Ideen und eine steigende Attraktivität! **Eine verbesserte Finanzausstattung wäre hierfür eine notwendige Grundvoraussetzung!**

Mit den jetzigen Entscheidungen im Rat der Gemeinde werden wir entsprechend dem **geltenden Landesgesetz von NRW ab 2018** auf die vorgesehene **rein pauschalisierte Aufwandsentschädigung** wechseln. Dies bringt eine spürbare Verbesserung für das einzelne Ratsmitglied als auch für die jeweiligen Ortsvereine als Träger der kommunalpolitischen Arbeit vor Ort.

Quasi als kleiner Nebeneffekt wird die Verwaltung für die 32 Ratsmitglieder von der Spitzabrechnung der Sitzungsgelder entlastet.

Des Weiteren war es aus unserer Sicht an der Zeit, die **Mittel für den Geschäftsbedarf der Fraktionen** nach fast zwanzig Jahren wieder **einmal wahrnehmbar anzuheben** und zugleich auch erstmals **klare Regelungen für die Mittelvergabe und deren Nutzung** zu implementieren. Hierzu haben wir im Antrag einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Auch das wird also in 2018 kommen.

Zusammenfassend geht es uns also im Antrag darum, die Effizienz unserer gemeinsamen politischen Arbeit zu verbessern. Zudem soll auch ein gewichtiger Beitrag dazu geleistet werden, dass **eine hervorragend aufgestellte Verwaltung mit einem sehr umtriebigen Bürgermeister** auch zukünftig einen **fachlich versierten und motivierten Rat** an ihrer Seite haben.

Ich hoffe, mit diesen zusätzlichen Erläuterungen auch etwas zur Versachlichung in der öffentlichen Diskussion beitragen zu können.

Heinz Peter Gless

Fraktionsvorsitzender der
SPD-Fraktion im Rat der
Gemeinde Rommerskirchen